ENERGIEPOLITIK: HANS-WERNER SINN ÜBER DIE WENDE INS NICHTS

04
9 770036 740003

schweizer monat

SEIT 1921

Ausgabe 1016
Mai 2014
CHF 22.– / Euro 18,–

DIE AUTORENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Bomben auf Basel!

Urs Zürchers «Innerschweizer» stürzt die Schweiz in einen Krieg

Nische oder Bunker?

Reiner Eichenberger, Konrad Hummler, Herfried Münkler u.a. entzaubern eine selbstzufriedene Willensnation

Was bin ich?

Frank Schirrmacher und Peter Sloterdijk über digitale Doppelgänger und Datengigantismus

DOSSIER

Die Verheissung der Nische

Strategische Optionen für die Schweiz

1 **Im Land der Mythen** *René Scheu trifft Reiner Eichenberger und Konrad Hummler*

2 **Die Nische ist kein Bunker** *Herfried Münkler*

3 **«Ich sehe den Staat als Dienstleistungsunternehmen…»** *René Scheu trifft Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein*

4 **Pass pour tous** *Urs Schoettli*

5 **Die Renaissance der City States** *Graham Mather*

Für die Unterstützung bei der Lancierung des Dossiers danken wir der Max Schmidheiny-Stiftung.

«Der zwischenstaatliche Wettbewerb nimmt zu, das globale Powerplay wird härter und stellt besonders ambitionierte Kleinstaaten und ihre Akteure vor neue Herausforderungen. Um diesen bewusst zu begegnen, bedarf es politischen Weitblicks, intelligenter Massnahmen und eines gehörigen Masses an Disziplin. Internationale Handlungsfähigkeit setzt klare Ziele und einen stabilen Konsens voraus – sowie die Bereitschaft, der Versuchung zu widerstehen, die Aussen- wie auch die Wirtschaftspolitik für tagespolitische Gewinne zu instrumentalisieren.»

Andreas R. Kirchschläger, Delegierter des Stiftungsrats der Max Schmidheiny-Stiftung

DOSSIER

Die Schweiz ist ein Kleinstaat. Sie hat wenig politisches Gewicht. Sie zeichnet sich durch eine geringe Steuerbelastung aus. Sie hat eine schlanke Administration. Sie verfügt über eine funktionierende Armee. Die Bauern bieten Landschaftspflege mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis. Sie vertritt grossmehrheitlich eine bürgerliche Politik. Sie leidet wie die Nachbarländer an wachsender sozialer Ungleichheit. – Das sind einige der Selbstbeschreibungen, die Schweizer Bürger, Politiker und Publizisten aller Couleur gerne feilbieten. Das Problem: die Narrative haben sich verselbständigt – unbesehen ihres Wahrheitsgehalts.

Der Abschied von Zerrbildern und Lebenslügen wäre allerdings die Voraussetzung für eine Prüfung strategischer Optionen der Eidgenossenschaft in einer sich unglaublich rasch wandelnden Welt. Die Schweiz liegt mitten in Europa, aber der alte Kontinent sieht globale Verschiebungen zunehmend passiv an sich vorüberziehen. Es werden plötzlich neu-alte Klüfte sichtbar, zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd. Nationale Interesse und deren einseitige machtpolitische Durchsetzung prägen immer stärker die zwischenstaatlichen Verhältnisse. Wie soll sich die Schweiz innerhalb Europas einerseits und in der neuen Welt anderseits positionieren, in der geopolitische Gewichtsverschiebungen ständig neuen Handlungsdruck erzeugen? Kann sie die Nische, in der sie sich befindet, aus eigenen Kräften aufrechterhalten? Wie kann sie sie klug nutzen – zumal mit der schleichenden Entfremdung von Wirtschaft und Politik eine zentrale Voraussetzung für strategische Handlungsfähigkeit weitgehend zu erodieren droht? Und wann wird die Nische zum Bunker, dessen Bewohner bloss noch die Illusion nähren, sie könnten sich von der Geschichte verabschieden?

Das Forum der Max Schmidheiny-Stiftung bildet einen geeigneten Rahmen, um die Lage aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu analysieren. Die diesjährige Tagung, die Ende Februar in Bad Ragaz stattfand, nahm sich der Frage nach politischen und ökonomischen Nischenstrategien für die Schweiz im 21. Jahrhundert an. Eine Gruppe von Unternehmern, Politikern, Wissenschaftern und anderen engagierten Bürgern erörterte Szenarien – und übte Kritik am immer weniger bequemen Status quo. Mit diesem Dossier, das an die Sonderpublikation «Helvetische Geopolitik?» anschliesst,[1] möchten wir einen Teil der lohnenden Beiträge und Diskussionen aufgreifen, vertiefen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Anregende Lektüre!
Die Redaktion

[1] «Helvetische Geopolitik? Werte, Ziele, Strategien für die Schweiz im 20. Jahrhundert», Sonderthema 8, Dezember 2012.

Im Land der Mythen

Die Schweizerfahne weht überall; die sie hochhalten, sind aber weniger Aufrechte als Unsichere: Von den tiefen Steuern über die starke Armee bis zum freien Arbeitsmarkt klammern sich die Schweizer an Konzepte, die bestenfalls noch als Restbestände existieren. Eine Entzauberung.

René Scheu trifft Reiner Eichenberger und Konrad Hummler

Herr Eichenberger, Herr Hummler, was ist los mit der Schweiz? Die Bürger europäischer Staaten verweisen auf unser Land als Insel der Glückseligen und tatsächlich: Wir haben eine gute Infrastruktur, tiefe Arbeitslosenzahlen, ein ansprechendes Bildungsniveau – doch uns selber überzeugt das alles offenbar nicht. Stärker denn je scheinen sich die Schweizer unbehaglich zu fühlen und sich und ihren Kleinstaat in Frage zu stellen. Wie erklären Sie sich das?

Konrad Hummler: Möglicherweise hat das «Unbehagen» damit zu tun, dass die Politik seine positive Kehrseite, das «Wohlbehagen», aus dem Blick verloren hat. Immer ist die Rede davon, dass die Schweiz auf internationalem Parkett als «Global Player» auftreten müsse. Diese übertriebene Geltungsvorstellung drängt das banale, aber doch für die einzelnen Menschen zentrale Anliegen des «Wohlbehagens» im eigenen kleinen Umfeld zurück. Ich meine: in dieser Diskrepanz liegt die Hauptursache für das «Unbehagen».

Reiner Eichenberger: Klingt gut. Nur haben wir interessanterweise dem «Unbehagen» zum Trotz heute klar mehr Stolz und «Swissness» als vor 10 oder 20 Jahren.

Hummler: Gerade die Hochkonjunktur der Insignien, das dauernde Zeigen der Flagge etwa, sehe ich als Zeichen dafür, dass etwas nicht stimmt. Weil eine gefühlte Differenz besteht zwischen dem Ziel, das man als Gemeinschaft haben könnte – dem Wohlbehagen –, und den Bestrebungen, die die Politik effektiv unternimmt. Die Differenz versucht man mit der Schweizerfahne zu verhüllen: Inzwischen kann ja kein Bundesrat mehr auftreten, ohne dass ein solcher Fetzen im Hintergrund hängt. Man bräuchte diese stoffliche Vergewisserung nicht, wenn es kein Identifikationsproblem gäbe.

Eichenberger: Hingegen muss man sagen: Weltweite, standardisierte Befragungen zur Lebenszufriedenheit zeigen seit Jahren, dass die Schweizer und die Dänen die glücklichsten Menschen der Welt sind; insofern können wir also nicht von einem negativen Trend sprechen. Trotzdem gibt es aber sehr gute Gründe für ein «Missbehagen». Wirtschaftlich und politisch steht die Schweiz zwar sehr gut da. Aber mit wem vergleichen wir uns, um zu diesem Schluss zu kommen? Mit Kranken und Fusslahmen! Dass es uns besser geht als den Italienern oder Franzosen mit ihren völlig überzentralisierten und überregulierten Systemen, ist noch keine Erfolgsgeschichte! Wir haben völlig falsche Vergleichsmassstäbe – ganz egal, ob es um die Arbeitslosigkeit, die Armutsfrage oder die Steuerlast geht –, und die Leute merken das. Daher, glaube ich, rührt das Unbehagen.

Haken wir gleich bei der Steuerlast ein. Der Vergleich, der landläufig gezogen wird, stilisiert uns zum «Steuerparadies» – eigentlich eine schöne Vorstellung. Wo stehen wir tatsächlich, wenn wir unsere Steuersätze an den europäischen messen?

Reiner Eichenberger
ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema (Center for Research in Economics, Management, and the Arts, Schweiz).

Konrad Hummler
ist promovierter Jurist und ehemaliger geschäftsführender Teilhaber der Privatbank Wegelin & Co.

René Scheu
ist Herausgeber und Chefredaktor dieser Zeitschrift

Eichenberger: Für Durchschnittseinkommen ist die Steuerbelastung tief. Ganz anders sieht es aber für «Gutverdienende» aus. In vielen Kantonen, etwa in Zürich, liegt die Belastung der Einkommensteile über rund 250 000 Franken jährlich bei mehr als 50 Prozent – wenn die Kantons-, Gemeinde-, Kirchen- und Bundessteuern sowie die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge der AHV und die Beiträge zur Arbeitslosenkasse berücksichtigt werden, die zulasten der Arbeitnehmer gehen. Anders als in den allermeisten Ländern werden die in der Schweiz auch von Gutverdienenden erhoben, obwohl diese dadurch nicht mehr Leistung erhalten. Dazu kommt die Vermögenssteuer, die in Europa sonst nur noch Frankreich, Norwegen und Luxemburg kennen, wobei sie dort überall wesentlich tiefer ist. Und zudem sind wir eines der letzten Länder mit einer Vollbesteuerung von Kapitaleinkommen. Die meisten Länder erheben auf Kapitaleinkommen nur etwa halb so hohe Steuern wie auf Arbeitseinkommen. Die OECD-Wahrnehmung der Schweiz als «Steuerparadies» gilt also lediglich für die wenigen pauschalbesteuerten Ausländer sowie die Normalbesteuerten in einzelnen kleinen Kantonen.

Die Sicht der OECD ist das eine. Wie kommt es aber, dass sich auch viele Schweizer im Steuerparadies wähnen – die Linken werden nicht müde, eine stärkere Schröpfung der Vermögenden zu fordern, und die Bürgerlichen pochen darauf, die «tiefen Steuern» zu bewahren –, während wir in Tat und Wahrheit im Semisozialismus angekommen sind?

Hummler: Das ist ein Phänomen, das in sehr vielen Bereichen zu beobachten ist: Allenthalben verteidigen wir Dinge, die es gar nicht oder nicht mehr gibt. Man sagt, man brauche Kampfflugzeuge für eine starke Armee – eine solche haben wir ja eigentlich… höchstens noch zu Bürozeiten. Oder wir haben die 1:12-Initiative mit dem Argument bekämpft, dass der «freie Arbeitsmarkt» bewahrt werden müsse – wo wir tatsächlich längst ein Lohnbuch haben, das auf 800 Seiten alle bis ins letzte Detail festgelegten Normal- und GAV-Löhne enthält. Kurz, die Schweiz ist in ein ganzes Netz von Lebenslügen verstrickt.

Das Leiden am Land rührt also womöglich aus der Lücke, die zwischen Erzähltem und Faktischem klafft: Die Lebenslügen, die Sie erwähnen, werden auf der diskursiven Ebene dauernd reproduziert, man liest, hört und verbreitet sie. Dabei – und das spüren oder wissen wohl die

meisten – gäbe es Zahlen und Vergleiche, die unser ganzes Lügengebäude zum Einstürzen bringen könnten. Müsste es also nicht Ziel sein, diese verzerrten Narrative aufzudecken, um endlich einmal die am Land nötigen Reparaturarbeiten vornehmen zu können?

Hummler: Doch, natürlich! Nur ist es immer schmerzhaft, solche Dinge zu benennen. Und häufig gerät man auch in ein Dilemma, denn vieles, das man als marod bezeichnen müsste, fände man ja im Prinzip relativ gut. Indem man mit dem Finger darauf zeigt, gefährdet man vielleicht auch noch die letzten Reste. Beispiel Armee: sage ich ja zu den Kampfjets, trage ich ein Abwehrsystem mit, dessen Einsatzfähigkeit ich höchst zweifelhaft finde. Sage ich aber nein, befördere ich womöglich die Abschaffung der Armee – was selbstredend nicht in meinem Interesse als ehemaliger Oberst ist.

Eichenberger: Die Armeediskussion ist sowieso sehr seltsam – aber leider auch symptomatisch. Als wir im Herbst 2013 über Zwangs- vs. Freiwilligenmiliz abgestimmt haben, hat sich das völlige Unvermögen vieler Sicherheitspolitiker gezeigt, sich überhaupt auf die Probleme unserer Armee einzulassen. Es ist offensichtlich, dass wir ein total ausgelutschtes Zwangssystem haben und neue Lösungen brauchen, und es ist ebenso offensichtlich, dass eine freiwillige Miliz für eine stärkere und volkswirtschaftlich günstigere Armee sorgen würde. Viele bürgerliche Politiker – erfreulicherweise hingegen längst nicht alle hohen Militärs – waren aber völlig blockiert, wenn sie «freiwillige Miliz» nur schon hörten, und haben die offensichtlichen Probleme unseres heutigen Systems schlicht verdrängt.

Lassen wir uns hier für einmal auf alle Diskussionen ein: Welche Lebenslügen lösen unser diffuses Unwohlsein aus? Die Armee haben wir schon gestreift – wo sonst kultiviert die Schweiz heilige Kühe, die der Reform statt des Heimatschutzes bedürften?

Hummler: Die grösste heilige Kuh ist ganz klar der öV!

Eichenberger: Einverstanden: bis und mit Gemeindeebene werden 8 Milliarden ausgegeben für ÖV-Subventionen – wobei das natürlich anders genannt wird und unter dem Titel «Leistungsauftrag» läuft. Übermässig subventioniert ist aber auch der Privatverkehr. Wenn man da die Umwelt-, Lärm- und Unfallexternalitäten berücksichtigt, kommen nochmals wenigstens 8 Milliarden hinzu, inklusive der Stauexternalitäten sogar 10 Milliarden. Und natürlich verursacht auch der öV grosse Externalitäten. Leider sind die offiziellen Zahlen hierzu völlig falsch. Richtig berechnet dürften es auch rund 2 Milliarden sein. Insgesamt wird heute der Verkehr also mit rund 18 bis 20 Milliarden subventioniert. Jeder, der sich diese Summen vor Augen hält, erkennt, dass das auf Dauer nicht tragbar ist.

Gut. Eine weitere heilige und geldverschlingende Kuh steht wohl auf dem Feld der Landwirtschaft, richtig?

Eichenberger: Fraglos. Wenn man zusammenzählt, was an die Bauern fliesst, landet man je nach Kalkulationsweise bei 5 bis 10 Milliarden jährlich. Rechnet man korrekt, berücksichtigt man ja nicht nur die Subventionen, sondern auch die Ausgaben für die höheren Preise infolge Marktschutz. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Noch schlimmer sind die indirekten Auswirkungen. Lange Zeit hat die Landwirtschaftspolitik den Detailhandel – Migros und Coop – vor Konkurrenten wie Aldi und Lidl geschützt, und heute kommen Penny und andere deutsche Billigläden nicht in den Schweizer Markt rein, weil sie wegen unserer Auflagen die ganze Einkaufskette für Landwirtschaftsprodukte in der Schweiz neu aufbauen müssten.

Hummler: Diesem Aspekt stehen zwar die an sich durchaus positiven Öffentlichen-Guts-Leistungen der Landwirtschaft entgegen, die Pflege unserer schönen Landschaft etwa. Aber auch in diesem Bereich ist zu beobachten, dass eher Prinzipien befolgt werden, die die Produktion von überteuerten Gütern befördern, als dass eine relativ extensive Landwirtschaft betrieben würde, die ökologischen Prinzipien auf sinnvolle Weise nachkäme.

Eichenberger: Wenn wir den Markt für Landwirtschaftsgüter voll öffnen würden, hätten wir, ein bisschen verkürzt gesagt, dereinst halb so viele Bauern mit doppelt so grossen Höfen, die glücklicher wären und die gleiche, nein sogar mehr ökologische Leistung erbrächten. Mit den riesigen volkswirtschaftlichen Gewinnen dank tieferen Preisen könnten wir die Bauern, die aussteigen, fürstlich entschädigen. Ineffiziente Subventionen finden wir aber natürlich auch in ganz anderen Bereichen, etwa in den ganzen Verteilungsdiskussionen. Alle reden von der «Lohnschere», die immer weiter auseinanderklaffe, doch schon das Bild ist schief: niemand verliert, alle haben immer mehr. Aber ganz abgesehen davon ist die Vermögens- und Einkommensverteilung in der Schweiz nachweislich sehr egalitär: Nach selbstverdientem Geld ist die Schweiz zusammen mit Südkorea das egalitärste Land im OECD-Raum! Über diese Basis stülpen wir ein Umverteilungssystem, das in der Hauptsache Geld von der linken in die rechte Tasche umlagert, sprich: dem Mittelstand etwas wegnimmt und ihn gleichzeitig damit wieder subventioniert.

Hummler: Und auf dem Weg von der linken in die rechte Tasche natürlich auch noch gewaltig viele Mittel verbrennt!

Womit wir direkt beim nächsten potentiellen Irrglauben wären: Wie effizient ist der «schlanke Staat», dessen wir uns gerne rühmen, im richtigen internationalen Vergleich?

Eichenberger: Wir haben den teuersten Staat der Welt! Unser BIP pro Kopf ist zum normalen Wechselkurs umgerechnet rund 90 Prozent höher als das deutsche. Gleichzeitig haben wir etwa die gleiche Staats- und Steuerquote gemessen als Staatsausgaben relativ zum BIP. Ergo ist unser Staat absolut, in Franken pro Bürger gerechnet, fast doppelt so teuer wie der deutsche. Die Schnellerklärung, das liege an unseren hohen Einkommen, zieht nicht. In der freien Wirtschaft sind in der Schweiz und Deutschland die Lohnstückkosten, also die Lohnkosten pro tatsächlicher Arbeitsstunde unter Berücksichtigung von Produktivitätsunterschieden, sehr ähnlich. Natürlich haben wir auch sonst höhere Preise. Aber während die Güterpreise hier rund 30 Prozent höher sind als im Ausland, ist der Staat fast 100 Prozent teurer. Dass er entsprechend mehr bietet, würde ich eher bezweifeln.

Ausbezahlte Spenden seit Lancierung: über CHF 1.3 Mio.

Gutes tun.
Für sich und für andere.

Cancer Charity Support Fund

Indem Sie in den Cancer Charity Support Fund investieren, engagieren Sie sich im Kampf gegen Krebs. Die Hälfte der Rendite und der Gebühren der involvierten Finanzdienstleister fliessen als Spende der Krebsliga Schweiz / Krebsforschung Schweiz zu. Der Schweizer Anleger kann den gespendeten Betrag von der Einkommenssteuer abziehen. Der Aktienanteil des Fonds wird schwerpunktmässig in Unternehmen investiert, die in der Krebsforschung und Krebsbekämpfung aktiv sind. Unsere Anlagepolitik schenkt nachhaltigen Werten eine besondere Beachtung.

Engagieren Sie sich: www.cancercharitysupportfund.ch

Begünstigte Organisationen:

krebsforschung schweiz
recherche suisse contre le cancer
ricerca svizzera contro il cancro
swiss cancer research

krebsliga schweiz

Diese Finanzinstitute unterstützen den Cancer Charity Support Fund:

fair banking bank coop

J. SAFRA SARASIN

PMG Fonds
FUND MANAGEMENT & PRIVATE LABELING

VALIANT

Disclaimer: Der Fondsprospekt, die Wesentlichen Informationen für den Anleger (KIID) sowie die Jahres- und Halbjahresberichte des Cancer Charity Support Fund Moderate können kostenlos bei PMG FONDS MANAGEMENT AG, Sihlstrasse 95, CH-8001 Zürich (www.pmg-fonds.ch) angefordert werden. Investitionen in ein Produkt sollten nur nach gründlichem Studium des aktuellen Prospekts erfolgen. Anteile der erwähnten PMG Fonds dürfen innerhalb der USA weder angeboten noch verkauft oder ausgeliefert werden. Die Angaben dienen lediglich der Information, stellen keine Offerte dar und sind lediglich zum persönlichen Gebrauch des Empfängers bestimmt. Die Angaben in diesem Dokument werden ohne jegliche Garantie oder Zusicherung zur Verfügung gestellt. Diese Informationen berücksichtigen weder die spezifischen oder künftigen Anlageziele noch die steuerliche oder finanzielle Lage oder die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Empfängers. Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für künftige Ergebnisse.

«Der Arbeitsmarkt als Kuchen fixer Grösse – von dem ein Ausländer einem Inländer ein Stück wegnimmt, wenn er eine Stelle annimmt: Das ist völliger Quatsch.»

Konrad Hummler

Hummler: Wir müssen zu seiner Verteidigung sagen: Er ist ein bisschen freundlicher. Eine weitere Lüge im Zusammenhang mit dem Staat ist die Vorstellung, dass er konkordant regiert werde. Die Idee, dass die Regierung das Wählergewicht repräsentiere, ist nicht mehr gegeben, de facto entsprechen die Mehrheitsverhältnisse in vielen Fragen einer Mitte-links-Koalition.

Im Parlament sitzt ja aber immer noch eine Mehrheit von Volksvertretern sich bürgerlich nennender Parteien. Die Schweiz, müsste man meinen, tickt insofern immer noch bürgerlich – oder ist das auch keine Realität mehr?

Eichenberger: Doch, mit Blick auf die Parlamentsmehrheit stimmt das natürlich. Und damit ist auch klar, dass man für all die Leiden, die wir jetzt aufgezählt haben, nicht die Linken verantwortlich machen kann. Die hohen Steuern etwa haben die Bürgerlichen zu verantworten!

Hummler: Was mich mit Blick auf den Staat noch stärker beunruhigt als das Kräfteverhältnis, ist seine – durch die Medien geförderte – Meinungshoheit. Wir glauben, in einem System der freien Meinungsäusserung zu leben. Faktisch aber haben wir ein System, das sich durch eine stark gouvernementale Propaganda auszeichnet. Man braucht sich nur einmal die Artikel anzusehen, die im Zusammenhang mit der Masseneinwanderungs-Initiative erschienen sind. In den rein faktenorientierten Beiträgen aller namhaften Blätter kamen Wertungen daher, die einem das Gefühl gaben, die halbamtliche Zeitung «Al-Ahram» in der Hand zu halten.

Was ist es denn für eine Lehre, die da rumgeistert? Und wie kommt es, dass sich dieser gouvernementale Mainstream überall ausbreitet und durchsetzt?

Eichenberger: Mir ist die «Lehre» nicht wirklich klar, wohl aber ihre Basis: All den so verbreiteten Ansichten fehlt der Zahlenrealismus. Man sieht das beim öV, bei den Steuern, der Zuwanderung oder auch am Beispiel der bereits erwähnten «Lohnschere». Würde man die Gehälter nach Stunden berechnen – es gibt ja, um beim Bild zu bleiben, eine massive «Arbeitszeitschere» beispielsweise zwischen Managern und Sekretären –, würde man wohl feststellen, dass die höheren Löhne im Vergleich zu den tieferen nicht gestiegen sind. Und wirft man dann einen Blick auf die «10 Prozent Reichen» unseres Landes, die angeblich immer reicher würden, sieht man, dass darunter ganz normale Ehepaare, bestehend aus einer Teilzeitlehrerin und einem Halbzeitcoiffeur, sind: Gemäss der Analyse von Christoph Schaltegger von der Universität Luzern liegt die Grenze, über der ein Haushalt zu den «reichen» 10 Prozent der Topverdiener zählt, bei 104 000 Franken Reineinkommen jährlich. Aus solch braven Normalbürgern machen Politik und Medien dann Abzocker und Profiteure einer behaupteten «Einkommensschere».

Man hat den Eindruck, dass sich die Schweizer ausnehmend gern in Klüfte reinreden: Nicht nur «Arm/Reich», sondern auch «Stadt/Land», «Inländer/Ausländer», «KMU/Grosskonzerne» machen als unvereinbare Begriffspaare die Runde. Ist die Kohäsion des Landes tatsächlich gefährdet oder beschwören wir die Zersetzung vielmehr mit der Rede erst herauf?

Eichenberger: In den allermeisten Fällen sind antagonistische Gegenüberstellungen völlig falsch. Die moderne Wirtschaft mit ihrer intensiven Arbeitsteilung ist kein Nullsummen-, sondern ein Positivsummenspiel. Je besser es meinen Handelspartnern geht, desto besser geht es auch mir. Es ist wie in einer Ehe: Gewinnt der eine Partner in der Lotterie, profitiert auch der andere davon.

Hummler: Die Beschwörer der Antagonismen sind in Determinismen gefangen und sehen etwa den Arbeitsmarkt als Kuchen fixer

«Die Konkurrenz findet nicht bei den vermehrbaren Grössen wie Arbeitsplätzen statt, sondern bei den natürlich und politisch knapp gehaltenen Faktoren, also der Umwelt, dem Boden und der Infrastruktur.»

Reiner Eichenberger

Grösse – von dem ein Ausländer einem Inländer ein Stück wegnimmt, wenn er eine Stelle annimmt. Das ist völliger Quatsch, und das Gegenteil stimmt: Wenn ein Ausländer hier arbeiten kann, ist er ein Teil einer grösser werdenden Wirtschaft.

Eichenberger: Genau. Die Konkurrenz findet nicht bei den vermehrbaren Grössen wie Arbeitsplätzen statt, sondern bei den natürlich und politisch knapp gehaltenen Faktoren, also der Umwelt, dem Boden und der Infrastruktur. Die Knappheit herrscht aber völlig unabhängig davon, ob die «Neuen» Aus- oder Inländer sind.

Wieso findet die Rede von den Gräben denn so grossen Anklang, versuchen wir Schweizer uns durch Abgrenzungen Identitäten zu schaffen?

Eichenberger: Ich würde die Gründe eher in der Medientheorie suchen. Wir wissen ja, dass Leute eigentlich gerne positive Botschaften hören und in Filmen etwa nach Happy Ends verlangen. In den Medien aber sind positive Botschaften nicht glaubwürdig, das Publikum hält sie für gekauft. Um also nicht das Misstrauen der Leute zu wecken, berichten die Journalisten automatisch negativ und konzentrieren sich etwa darauf, den Rückgang der Bauernhöfe darzustellen, anstatt darauf zu verweisen, dass Landwirt immer noch der Beruf ist, in dem am meisten Junge beruflich in die Fussstapfen der Eltern treten.

Hummler: Ich hätte eine andere Theorie, um die vielen Gräben zu erklären: Es gibt eine ganze Bürokratie, die von diesen vermeintlichen Differenzen lebt. Sobald man das Radio einschaltet, hört man, dass irgendein Bundesamt dank irgendeiner Studie irgendeinen Missstand aufgedeckt habe. Permanent werden in unserem Land Probleme diagnostiziert – um so eine ganze Behebungsindustrie für Missstände zu alimentieren.

Wir diagnostizieren also massenweise Pseudoprobleme und verschliessen die Augen vor den wahren Missständen. Wo liegen die nun nicht nur mit Blick auf das Inland, sondern auch in seinem Verhältnis zum Ausland?

Hummler: Ernsthafte Fragen muss man sich zur Konkurrenzfähigkeit unseres Landes stellen. Noch geht es uns gut, andere Gesellschaften und Regionen sind aber ganz offensichtlich auf der Überholspur – und damit meine ich nicht die europäischen.

Eichenberger: Man braucht übrigens gar nicht weit zu blicken, um solche Überholmanöver zu beobachten. Wenn man etwa Schweizer Randgebiete mit gut funktionierenden Gegenden in Deutschland, Österreich oder Dänemark vergleicht, merkt man, dass manche unserer Regionen schlechter abschneiden.

Was bedeutet das für die hiesigen Bürger? Vom Zurückfallen bedroht, kann man entweder alles daransetzen, den Status quo zu schützen und die Besitzstände zu wahren – oder jede Form von Garantismus über Bord werfen und sich maximal zukunftsoffen zeigen. Welche Befähigungen sind dazu heute nötig?

Hummler: Wie man sich angesichts dieser Ausgangslage verhält, hängt stark vom je eigenen Umgang mit Risiken ab. Persönlich halte ich es für unabdingbar, dass man diversifikationsfähig ist oder die eigenen Kinder diversifikationsfähig werden lässt – so dass sie beispielsweise problemlos ins Ausland gehen und sich dort eine andere Existenz aufbauen können. Also: Chinesisch lernen, Russisch lernen und sich Realoptionen zum eigenen Land schaffen!

Und welche Realoptionen hat das Land selber im internationalen Umfeld? Welche Narrative verstellen uns möglicherweise die Sicht auf unsere reale Position innerhalb Europas oder der EU?

Hummler: Eine der lächerlichsten Vorstellungen in diesem Zusammenhang ist jene, dass die Schweiz eine Chance verpasse, wenn sie nicht mitrede. Auf den Input der Schweiz hat in internationalen Gremien nun wirklich niemand gewartet. In diesen Ge-

bilden geht es um Macht, und in dieser Hinsicht ist die Schweiz chancenlos.

Eichenberger: Das sehe ich anders: Die Schweiz ist total einflussreich. Wieder gilt: man muss die richtigen Zahlen nehmen. Wenn wir uns mit den gesamten USA vergleichen, schneiden wir natürlich schlecht ab. Logisch, sind die USA einflussreicher als wir, sie sind ja auch 40mal grösser! Rechnet man aber pro Kopf, sieht man, dass ein Schweizer in der Welt einen wesentlich grösseren Einfluss hat als ein Amerikaner. Und das ist doch die einzige Grösse, die mich als Bürger interessieren kann.

Was heisst denn «ein einzelner hat Einfluss»? Mit meiner Kaufkraft, einverstanden, kann ich gewisse Dinge lenken, politische Entscheidungen aber werden in Gremien getroffen, auf die ich als Bürger nicht einwirken kann.

Eichenberger: Nein, ich bin absolut überzeugt, dass ich auch mit meiner Stimme mehr Einfluss habe als ein Amerikaner. Woher rührt dieser Einfluss? Meine These dazu lautet: Integrierer sind Verlierer. Viele Beispiele zeigen, dass jene Einheiten, die sich in andere Strukturen integriert haben, an Einfluss verlieren. Appenzell Innerrhoden etwa hat mit seinen 16 000 Einwohnern bedeutend mehr Einfluss als Gossau SG mit seinen 17 000. Und weshalb? Weil sich die Appenzeller nicht den St. Gallern angeschlossen haben. Gleiches gilt für Hongkong oder Liechtenstein: Gibt es irgendeine chinesische Stadt mit 7 Millionen Einwohnern, die ähnlich viel Einfluss hat wie Hongkong, und gibt es irgendeinen Ort oder eine Region im deutschen Sprachraum mit 37 000 Menschen und einem vergleichbar grossen Einfluss in der EU oder auf der Welt wie Liechtenstein?

Hummler: Gut, ich bin schachmatt gesetzt. Ich akzeptiere die These, und sie gefällt mir auch. Voraussetzung für ihr Funktionieren ist aber, dass man sich in nichts reinhomogenisiert oder -integriert, richtig?

Eichenberger: Genau!

Eines der klassischen Argumente, das gerade auch Wirtschaftsführer gerne bemühen, verläuft umgekehrt: Um Marktzutritt zu haben, heisst es, müssten gewisse Regeln akzeptiert werden. Und anstatt sich diese Regeln aufoktroyieren zu lassen, sei es vorteilhafter, sich in den entsprechenden Gremien zu engagieren und die Entscheide mitzugestalten.

Hummler: Die Frage des Marktzutritts ist auch so eine Propagandaverirrung. Wir haben in den EU-Ländern eine weitgehende Investitionsfreiheit. Das heisst: in fast allen Branchen können Schweizer Firmen problemlos Tochtergesellschaften im EU-Raum gründen, über diese Niederlassungen im Markt operieren und etwa an Ausschreibungen teilnehmen.

Eichenberger: Ich kann mir gar keine Schweizer Firma vorstellen, die Submissionen im EU-Raum macht, ohne auch eine EU-Tochter zu haben. Zur Unterstützung würde ich aber vorschlagen, dass die Schweiz oder Private EU-weit sogenannte «Houses of Switzerland» eröffnen, die als Partner und «Submissions-Hubs» das Submissionsprozedere für jene Schweizer Unternehmen übernehmen, die kein Europanetz haben.

Unsere Strategie müsste also sein, uns aus allem rauszuhalten…

Hummler: Sie wollen uns zu einer EU-Gegnerschaft drängen, aber so einfach machen wir Ihnen die Sache nicht! Ich glaube, wir müssen vorsichtig sein: In der EU ist sehr viel in Bewegung, und wir tun gut daran, uns verschiedene Optionen offenzuhalten.

Genau auf die Multioptionalität wollte ich hinaus. Welche Assoziationsmöglichkeiten mit europäischen oder anderen Staaten sähen Sie denn allenfalls auch als Alternativen zur EU?

Hummler: Ich bin der Ansicht, dass wir in jede Richtung offen sein sollten. Anstatt immer nur zu fragen, ob wir uns Brüssel anschliessen müssen, könnte man den Spiess auch einmal umdrehen und sagen: Unter gewissen Umständen könnten sich andere Länder uns anschliessen. Warum nicht die Idee der Briten aufnehmen und ein schweizerisches Commonwealth lancieren, das interessierte Länder einbindet?

Eichenberger: Den Vorschlag halte ich für originell, aber leider ungeeignet. Sein Erfolg hängt davon ab, ob tatsächlich interessante Regionen in unser Commonwealth überwechseln wollen und können. Das würde wohl sehr lange dauern und ist unsicher. Es gibt aber Strategien, mit denen wir schnell und allein unseren Markt breit öffnen können. So sollten wir die heutige Lizenzierung von Importen – der Bund sagt, was importiert werden darf und was nicht – durch eine Zertifizierung mit Tarifierung ersetzen: Alle in der OECD zugelassenen Produkte dürften frei in unser Land rein, unabhängig davon, ob sie den Schweizer Normen entsprechen oder nicht. Für den Weiterverkauf erhielten jene Güter, die konform mit unseren Normen sind, ein Bundesgütesiegel – die Konsumenten wären also bestens informiert –, und für die normverletzenden müsste eine kleine Strafabgabe bezahlt werden. Damit hätten wir einen völlig offenen Markt gegenüber der OECD und null Ärger. Man müsste nur den Mut haben, so etwas als erstes Land der Welt einzuführen.

Und wie sieht es mit Mut für Assoziationen aus, gibt es Zusammenschlüsse, etwa mit anderen Kleinstaaten, die man aus Ihrer Sicht anstreben müsste?

Eichenberger: Da wäre es wichtig, nach dem Vorbild der «blockfreien Staaten» eine Art Gegengewicht zu bilden zu jenen Gemeinschaften, etwa der G-20, in denen wir nicht dabei sind und die eher nach noch mehr Regulierung trachten. Ein solcher Verbund würde aber nicht primär Kleinstaaten versammeln – darunter fällt die Schweiz mit ihren 8 Millionen Einwohnern und ihrer wirtschaftlichen Grösse ja nicht mehr wirklich –, sondern einfach erfolgreiche Staaten, die ihren Bürgern bessere Bedingungen bieten als ihre Nachbarstaaten und wirtschaftlich vorankommen; etwa Dänemark, Singapur oder Neuseeland.

Hummler: Die Idee wäre eine F-10 oder F-20 – wobei «F» für «free» stünde.

Eichenberger: Genau. Ein solcher Verbund von erfolgreichen, wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften wäre der Dorn im Hintern der Grossmächte – und würde sie vorwärts zu vernünftigerer Politik treiben. ❮

2 Die Nische ist kein Bunker

Welche Optionen hat ein Nischenplayer, der sich mitten in Europa verschanzt zu haben glaubt?

von Herfried Münkler

Nischen sind in der Regel unbeabsichtigte Ergebnisse bei der Bildung von Räumen. Im Falle des Baus von Häusern mögen sie geplant sein, um aufzunehmen, was sonst im Wege wäre, haben also etwas mit den Optionen von Restnutzung zu tun; bei der Bildung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Räume sind sie dagegen nicht intendiert und ergeben sich nicht selten aus geographischen Konstellationen. Nischen können etwas Wohliges und Ruhiges haben, zumal dann, wenn die weiten und offenen Räume von Konflikten erschüttert werden.

Der Begriff der Nische unterscheidet sich von dem des Bunkers oder des Unterstandes dadurch, dass die grossen und weiten Räume nicht um die Nische herumgebaut oder nach deren Erfordernissen gestaltet worden sind; und das hat zur Folge, dass die Nischenbewohner bzw. Nischennutzer nicht oder nur teilweise über die Voraussetzungen zum Fortbestand der Nische verfügen. Sie sind vielmehr auf günstige äussere Konstellationen angewiesen. Auf deren Veränderung haben sie nur begrenzten Einfluss. Kurzum, gibt es im staatspolitischen Bereich so etwas wie eine «Nischenstrategie», so handelt sie vom intelligenten Umgang mit Konstellationen, über die man selbst nicht verfügt.

Die Verwechslung

Nischenbewohner laufen stets Gefahr, die Nische mit einem Bunker oder verschanzten Unterstand zu verwechseln. Selbstverständlich lassen sich Nischen auch zu Bunkern und Verschanzungen ausbauen, aber sie verändern dadurch ihren Charakter und ihre Überlebenschancen. Nischen zeichnen sich durch den Austausch mit einer prinzipiell als freundlich wahrgenommenen Umwelt aus; aus der Bunkerperspektive hingegen wird die Umwelt als bedrohlich, wenn nicht feindlich wahrgenommen. Die Verwandlung der Nische in einen Bunker folgt der Vorstellung, man könne sich durch eine entsprechende Ausgestaltung des Innenraums von den unbeherrschbaren äusseren Konstellationen unabhängig machen und gegen sie abschotten.

Zwischen Ohnmachtserfahrung und Allmachtsphantasie schwankend, ist die Bunkermentalität ein Mittleres; sie ahnt, dass sie auf Dauer nicht durchhalten kann, sondern eine zeitlich begrenzte Zwischenetappe ist, will das aber nicht wahrhaben und verdrängt darum immer wieder diese Ahnung. Mit dem Imperativ der Nachhaltigkeit konfrontiert, imaginieren sich die Bunkerinsassen als Bewohner des berühmten gallischen Dorfes, das von Asterix und Obelix mit Hilfe des Zaubertranks gegen die römische Übermacht verteidigt wird. Literarische Ironie wird für eine realistische Option gehalten. Vermutlich gibt es keine grössere Selbstgefährdung der Nischenplayer als diese Selbsttäuschung in Form von Bunkermentalität.

Auf die Schweiz als klassischen Nischenplayer bezogen heisst das: Der Wandel der Nischenbedingungen im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert kann auch als ein Bedeutungsverlust der politischen Geographie beschrieben werden. Bis 1989/91 hat es in der Konfrontation der Blöcke einen geographischen Streifen der Neutralität gegeben, der vom östlichen Balkan, also von Jugoslawien, bis in die Westalpen und in die Schweiz reichte.

Die Akzeptanz dieses Neutralitätsstreifens, der tief in beide Bündnisräume hineinragte, resultierte aus der Geographie, nämlich dem Umstand, dass dieses Gelände für einen militärischen Offensivstoss in die Tiefe des gegnerischen Raumes ungeeignet war. So «tolerant» in der Akzeptanz von Neutralen waren die Hegemone der Bündnisse sonst nicht: Trotz der Berufung der Nato auf demokratische Werte störte der (zeitweilig) diktatorische Charakter der Bündnismitglieder Portugal, Griechenland und Türkei nicht, da es darum ging, dem gegnerischen Bündnis den Zugang zum «warmen Wasser» zu verwehren, und im Warschauer Pakt wurden alle Versuche von Bündnisländern, grössere politische Spielräume zu bekommen, mit Waffengewalt niedergeschlagen. Die geostrategische Tolerierbarkeit des Neutralitätsstreifens durch die beiden Blöcke wurde durch den politischen Mehrwert der Neutralen komplementiert, die als Mediatoren in bestimmten Konflikten genutzt werden konnten. Mit anderen Worten: man

Herfried Münkler
ist ordentlicher Professor für politische Theorie und Ideengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Lehrbeauftragter an der Universität Luzern. Er ist Autor zahlreicher Bücher zum 20. Jahrhundert, u.a. von «Der grosse Krieg. Die Welt 1914 bis 1918» (Rowohlt, 2013), «Mitte und Mass» (Rowohlt, 2010), «Die neuen Kriege» (Rowohlt, 2002).

profitierte politisch davon, dass die geographischen Konturen des Bündnisses offen gestaltet waren. So bekam die Nische für die sie umgebenden politischen Räume einen Wert, und die Nischenplayer wurden dementsprechend zuvorkommend und rücksichtsvoll behandelt.

Der Wandel

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks verlor die Existenz dieser Nische an Attraktivität. Im Falle der Schweiz hat sich dies in einer reduzierten Rücksichtnahme auf dem Land eigene Regeln und Befindlichkeiten niedergeschlagen: Die Raubgolddebatte war der Anfang, der Druck auf das Bankgeheimnis vor allem von Seiten der USA eine weitere Etappe, der Streit mit der EU über die Folgen der direkten Demokratie ist der vorläufige Endpunkt. Allgemein formuliert: die Nischenposition der Schweiz wurde von der politischen Umwelt zunehmend als eine Belastung und immer weniger als Vorteil angesehen. Man könnte auch sagen, dass die USA und die EU die zuvor eingeräumten Nischenrechte oder Nischenprivilegien zunehmend in Frage stellten bzw. kassierten. Dieser Wandel der Nischenbedingungen hat den Nischenplayer Schweiz überraschend getroffen. Die Veränderung in den Rahmenbedingungen der Nische scheint bis heute nur partiell begriffen worden zu sein und wird überwiegend der Willkür anderer Regierungen zugeschrieben. Das Willkürliche des Regierungshandelns ist jedoch nur die Erscheinungsform eines Wandels der strukturellen Faktoren nach dem Kalten Krieg.

Die strategischen Optionen des Nischenplayers ergeben sich aus der Analyse dieser strukturellen Entwicklungen und nicht aus dem Widerstand dagegen. Der Rückzug in den Bunker und seine vorgelagerten Verschanzungen ist dagegen ein Aufgeben der Nische und ein Verzicht auf die mit ihr verbundenen strategischen Optionen.

Die Analyse beginnt mit der Beobachtung, dass im Zeitalter der globalen Vernetzung Territorialität als eine spezifische Form von Räumlichkeit an Bedeutung verloren hat. Mit dem Aufstieg des Territorialstaats in Europa seit dem 15./16. Jahrhundert wurde sie zur wesentlichen Grundlage politischer Ordnungsbildung, und die Idee der Souveränität wurde an ein definiertes Territorium gebunden. Dementsprechend wurde auch das, was man als Nische begriff, wesentlich territorial definiert. Aber der Territorialstaat ist nicht länger der Monopolist des Politischen und damit auch nicht mehr der Regelgeber für Wirtschaft und Gesellschaft. Zu beobachten ist stattdessen die Dominanz eines neuen Typs von Imperialität, welcher nicht Territorien, sondern Ströme zu kontrollieren beansprucht: Ströme von Gütern und Waren, von Kapital, Daten und Informationen sowie nicht zuletzt von Menschen. Territorialität ist nicht bedeutungslos geworden, aber bei der Gestaltung von soziopolitischen Räumen ist sie inzwischen zweitrangig. Das zeigen Währungsspekulationen und Datenschutz. Gegen den Informationszugriff von Satelliten aus oder im Internet bieten die alten Staatsgrenzen keinen Schutz mehr.

Die Frage

Die für die strategischen Optionen eines Nischenplayers zentrale Frage lautet also: Wie lassen sich unter den Bedingungen eines Bedeutungsverlusts von Territorialität und der Verflüssigung von Ordnungen Nischen denken, bilden und sichern? Verflüssigung heisst, dass gegenüber dem Raum die Zeit deutlich an Bedeutung gewonnen hat; ergo sind Nischen nur noch zeitlich begrenzt vorhanden. Nischen sind prekär geworden, weil sie permanenten Veränderungen unterworfen sind. Das wiederum heisst, dass Strategien zu ihrem Aufbau und ihrem Schutz nicht langfristig angelegt sein können, sondern auf die sich ständig vollziehenden Veränderungen reagieren müssen. Diese Fluidität der Konstellationen und der permanente Reaktionszwang überfordern jedoch die meisten Menschen und führen zu einer rückwärtsgewandten Sehnsucht.

Wachsende Ungewissheit und steigende Unsicherheit betreffen freilich nicht nur die Nischen, sondern auch deren Umwelt. In Reaktion auf die Verflüssigung der Ordnung ist es zu einer Neubildung grossräumlich angelegter Politikstrukturen gekommen, die nicht auf den Vorgaben von Territorialität und Nationalität beruhen, sondern nach denen von Zentrum und Peripherie organisiert sind.

Ob eine Region im Zentrum der Entscheidungen steht oder nur am Rande, ist keine Frage der Geographie mehr, sondern eine, bei der Wirtschaftskraft und ein geordnetes Staatsbudget ausschlaggebend sind. Im Prinzip gilt dies auch für die Europäische Union als Umwelt des Nischenplayers Schweiz; die strategischen Optionen der Schweiz wachsen mit der Nähe zum Zentrum und schrumpfen mit der Abwanderung in die Peripherie. Die Schweiz muss also in einem Grossraum einen Platz finden, der die Effekte der Fluidität begrenzt, aber durch ein starkes Zentrum-Peripherie-Gefälle gekennzeichnet ist. Die EU mag eine solche quasiimperiale Struktur leugnen, zumal diese ganz und gar nicht ihrem in der Vergangenheit entwickelten politischen Selbstverständnis entspricht, aber dieses strukturelle Muster wird sich Schritt für Schritt durchsetzen. Daraus erwachsen Optionen für Nischenplayer; sie erwachsen freilich im wesentlichen im Hinblick auf die EU und nicht gegen sie.

Die Nische, die von der Schweiz genutzt werden kann, ist eine im Innenraum der EU und befindet sich nicht ausserhalb dieses Raumes. Ausserhalb dessen herrscht verstärkte Fluidität, und Nischen verschwinden so schnell, wie sie entstanden sind. Eine globale Nischenstrategie der Schweiz ist somit daran gebunden, dass die innereuropäische Nische als solche stabil bleibt. Das aber hängt nicht von der Schweiz, sondern von ihrer Umwelt ab. ❮

3 «Ich sehe den Staat als Dienstleistungsunternehmen…»

Minimalstaat, starke Mitsprache der Bürger, Sezessionsrecht für die Gemeinden, direktdemokratisches Verfahren zur Absetzung des Monarchen: Das Fürstentum Liechtenstein vereint viele moderne Elemente in seiner Verfassung. Ist es ein Beispiel für neue Staaten im 3. Jahrtausend?

René Scheu trifft Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein

Herr von Liechtenstein, wer Ihr Buch «Der Staat im dritten Jahrtausend» liest, merkt: Dieser Monarch hegt Staatsskepsis. Schlummern in Ihnen anarchistische Tendenzen?

Als Gymnasiast habe ich mich für anarchistische Konzepte interessiert. Eine Restsympathie ist geblieben, aber mehr nicht.

Was hat die Begeisterung gebrochen?

Ich ging zur Schule, habe studiert, und schon nach kurzer Zeit war für mich klar, dass anarchische Zustände nicht mehr Freiheit bedeuten, sondern weniger. Wenn der Schutz des einzelnen nicht mehr gewährleistet ist, kommt der Ruf nach dem starken Mann, dem Diktator, der mit eiserner Hand führt. Das kann niemand wollen – jedenfalls ich nicht. Es braucht also den Rechtsstaat. Fortan fragte ich mich, welches die besten Staatsmodelle sind – bis heute. Das Buch ist der Versuch, eine Antwort auf diese Frage zu finden.

Die Antwort, die Sie gefunden haben – ein demokratisch-monarchisches System –, dürfte demokratisch alerten Leuten nicht auf Anhieb einleuchten: Instinktiv erscheinen Demokratie und Monarchie als inkompatibel.

Ich verwende die Begriffe Monarchie, Oligarchie und Demokratie in ihrem ursprünglichen Sinne. «Monarchie» bedeutet die Herrschaft einer Person, Oligarchie die Herrschaft mehrerer Personen und Demokratie die Herrschaft des ganzen Volkes. Davon zu trennen ist die Frage der Legitimation.

Wie meinen Sie das?

In der Umgangssprache verwendet man den Begriff «Monarch» für Erbmonarchien. Das ist nicht zutreffend. Ein Monarch kann in regelmässigen Abständen vom Volk gewählt werden, und dann spricht man in der Regel von einem Präsidenten. Bei der Oligarchie kann man auch unterscheiden zwischen Adelsherrschaft beziehungsweise Aristokratie und den jeweils gewählten Vertretern. Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, und das setzt voraus, dass das Volk im Grunde alle Entscheidungen zu fällen hat. In der Praxis lässt sich die reine Demokratie nicht verwirklichen, da ein Volk nicht ständig über alles und jedes abstimmen kann. Deshalb sehen wir schon in Steinzeitkulturen und in kleinen Gruppen, dass ein Volk viele Entscheidungen an einen Häuptling delegiert. Bei etwas grösseren Gruppen gibt es noch weitere Entscheidungsträger oder sogenannte Unterhäuptlinge.

Hans-Adam II.
ist Fürst von und zu Liechtenstein und Staatsoberhaupt Liechtensteins sowie der Chef des Fürstenhauses Liechtenstein.
2004 ernannte er seinen Sohn Erbprinz Alois zu seinem Stellvertreter und übergab ihm die Staatsgeschäfte. Er ist Autor des Buches «Der Staat im dritten Jahrtausend» (van Eck, 2009).

René Scheu
ist Herausgeber & Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Sie sagen also, Demokratien seien eigentlich verkannte Monarchien und Angela Merkel die Königin von Deutschland?

Nein, ich sage nur, dass es die Demokratie in ihrer reinen Form nicht gibt. Alle modernen Verfassungen sind sogenannte Mischverfassungen, welche monarchische, oligarchische und demokratische Elemente enthalten. Je nach Verfassung kann das eine Element stärker ausgeprägt sein als das andere. Die Schweiz und Liechtenstein haben zum Beispiel mit ihrer stark ausgebauten direkten Demokratie dem demokratischen Element grösseres Gewicht gegeben als zum Beispiel Deutschland. Dort hat zwar die Bundeskanzlerin eine recht starke Position, aber sie wird nicht direkt vom Volk gewählt, sondern von den Volksvertretern, also vom oligarchischen Element im Staat. In der Schweiz hingegen ist das monarchische Element zumindest auf Bundesebene so gut wie nicht vorhanden – der Präsident ist bloss der primus inter pares –, dafür ist das demokratische und das oligarchische sehr stark.

In Ihrem Buch schreiben Sie: «Eine oligarchische Herrschaft, die sich in einer indirekten Demokratie auf eine demokratische Legitimation stützt, könnte auf Dauer problematischer sein als eine oligarchische Herrschaft, die diesen Anspruch erst gar nicht erhebt.» Wie kommen Sie zu diesem mit Blick auf exzessive Machtmonopolisierungen zahlreicher Alleinherrscher eher verwegen wirkenden Schluss?

In der Vergangenheit spielte die religiöse Legitimation innerhalb und ausserhalb Europas eine wichtige Rolle. In Europa hat die religiöse Legitimation der herrschenden Schicht, seien es nun Monarchen oder Oligarchen, durch die Aufklärung und die Religionsfreiheit entscheidend an Bedeutung verloren. Religiös legiti-

«Ich glaube, dass direkte Demokratie nur dort verwirklicht werden kann, wo man so wenige Gesetze wie möglich hat.»

Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein

Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein, photographiert von Philipp Baer.

autobau™

Leidenschaft Automobil teilen

Besuchen Sie die ausserordentliche Fahrzeugsammlung und automobile Erlebniswelt am Bodensee. Die autobau Erlebniswelt ist jeweils mittwochs und sonntags für Sie geöffnet. Für Gruppenevents und Club-Ausflüge öffnen wir auf Anmeldung gerne jederzeit. **autobau.ch**

autobau AG Erlebniswelt Egnacherweg 7 CH-8590 Romanshorn T +41 71 466 00 66 www.autobau.ch

mierte Erbmonarchien wurden im wesentlichen auf Repräsentationsaufgaben reduziert, währenddem Oligarchien, die sich durch jeweils periodisch stattfindende Wahlen demokratisch legitimierten, ihren Einfluss stark ausbauen konnten.

Das Problem einer demokratisch legitimierten Oligarchie oder Monarchie, sei es nun ein Präsident oder ein Kanzler, die sich aktiv alle paar Jahre durch Wahlen legitimieren müssen, besteht in folgendem: Die Versuchung ist gross, sich diese Legitimation durch Stimmenkauf zu verschaffen. Schon das alte Rom im republikanischen Zeitalter kannte dieses Problem. Reiche Bürger kauften sich Stimmen durch Brot und Spiele. Heute kauft man nicht mehr Stimmen mit Brot und Spielen, sondern mit Steuergeldern und Steuervorteilen, welche Politiker und politische Parteien im Wahlkampf versprechen. Das schwächt tendenziell die indirekte beziehungsweise repräsentative Demokratie. In der direkten Demokratie kann hingegen das Volk über Referendum oder Initiative solchen Entwicklungen Einhalt gebieten, falls es dies wünscht.

In einer Erbmonarchie oder in einer Oligarchie, die nicht alle paar Jahre Stimmen kaufen muss, wie zum Beispiel das englische Oberhaus, sind Sie auf einen solchen Stimmenkauf nicht angewiesen. Trotzdem glaube ich, dass auch eine Erbmonarchie oder eine Oligarchie, die sich nicht alle paar Jahre durch Wahlen legitimieren muss, sich in der heutigen Zeit nicht mehr auf eine religiöse Legitimation abstützen kann. Das Problem kann man meiner Meinung nach zumindest im Falle der Monarchie dadurch lösen, dass man die aktive demokratische Legitimation, die alle paar Jahre stattfindet und zum Stimmenkauf verleitet, durch eine passive ersetzt, das heisst, indem man dem Volk das Recht einräumt, den Monarchen über das Initiativrecht in einer Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit abzusetzen.

Auf das Impeachmentverfahren kommen wir noch zu sprechen. Doch worin genau besteht dieses Problem respektive das höhere «kleptokratische» Potential des demokratisch legitimierten Oligarchen: Spielen Sie auf grossmundige Wahlversprechen und unbedachte Umverteilungen an?

Ja, ich baue eine Strasse, erhöhe die Sozialausgaben – all diese Dinge. Lassen sich die Wohltaten nicht aus laufenden Einnahmen finanzieren, verschulde ich mich, auch das ist ein bewährtes Mittel. Oder noch raffinierter: ich kaufe mir Stimmen durch die Vergabe von Steuervorteilen. Dabei kriege ich finanzielle Unterstützung von einer Gruppe, indem ich ihr, möglichst verklausuliert, in einem sehr komplizierten Steuerrecht Vorteile einräume, ihr also etwa Abschreibungsmöglichkeiten zuschanze oder sie in eine tiefere Steuerkategorie einteile. Damit ist Tür und Tor geöffnet für Manipulation! Denn für den Bürger, der sich nicht tagtäglich damit beschäftigt, ist die Steuergesetzgebung sehr intransparent.

Stimmt. Er ist froh, wenn er sich nicht strafbar macht: Weil sich der Bürger nie sicher sein kann, dass er die Steuererklärung gesetzeskonform ausgefüllt hat, wird er wider Willen erpressbar.

Ja, der Bürger steht immer «mit einem Bein im Kriminal», wie man in Österreich sagt. Halten Sie sich an diese Vorschrift, dann verletzen Sie jene – Sie können machen, was Sie wollen, Sicherheit werden Sie nie erlangen.

Ist das in Liechtenstein anders? Kann ich hier meine Steuererklärung sorgenfrei in zwei Minuten ausfüllen?

Wir haben stark vereinfacht, nicht so viel, wie ich es gerne gehabt hätte, aber immerhin.

Ihr Punkt ist also: Die Bürger dürfen in den repräsentativen Demokratien alle vier Jahre ein Kreuz auf die Liste einer Partei machen, und am Ende machen die Partitokraten, was sie wollen?

Das haben Sie gesagt! (lacht) Aber im Grunde genommen haben doch viele gewählten Politiker dasselbe Ziel, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit: aus dem Steuertopf das Maximum herauszuholen. Die Steuern werden bis an die Schmerzgrenze erhöht, damit sie einen möglichst grossen Topf haben, aus dem sich dann ihre Partei und ihre Koalitionspartner bedienen können.

Sie zeichnen ein unschönes Bild der real existierenden repräsentativen Demokratie, in der sich der Durchschnittsdemokrat von einer oligarchischen Elite hinters Licht führen lässt und unter dem Etikett «demokratisch legitimiert» Dinge durchwinkt, die nie in seinem Sinne sein können. Wenn dies stimmt: Warum begehren die Leute nicht auf? Sind sie bequem oder einfach nur politikverdrossen?

Hier sehe ich das Grundproblem der Demokratie: Der Durchschnittswähler setzt sich nicht mit der ganzen Komplexität der politisch-medial-institutionellen Mechanismen auseinander. Das ist verständlich und liegt in der Natur der Sache. Der Bürger muss ja selbst erst einmal Geld verdienen, für sich, für seine Familie. Für Gesetzesvorlagen, die so komplex sind, dass selbst die Repräsentanten sie nicht mehr durchschauen, bleibt da weder Zeit noch Musse.

Das ist ein starkes Argument gegen die direkte Demokratie, das freilich gerade gerne von den Machthabern vorgebracht wird. Wenn die Leute nicht in der Lage sind, zu begreifen, was läuft, ist es besser zu delegieren – bloss an wen? Die Vorstellung von irgendwelchen beamteten Politikern ist mir persönlich noch unbehaglicher als jene der uninformiert entscheidenden Bürger. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus Ihrem Befund?

Ich glaube, dass direkte Demokratie nur dort verwirklicht werden kann, wo man so wenige Gesetze wie möglich hat. Das heisst, dass man a) die Staatsaufgaben auf ein Minimum reduziert und b) sehr viel dezentralisiert. Auf diesem Wege kann der Bürger das Ganze einigermassen überblicken. Sollte dies einmal nicht der Fall sein, ist der Weg zu vertrauenswürdigen Personen zumindest nicht so weit, und man kann sich ohne zu grossen Aufwand informieren oder beraten lassen. Das ist in einem grossen, zentralistisch organisierten Staat nicht möglich.

Sie sprechen von «man» – wer ist das? Sind es letztlich die Bürger, die wenig Staat oder möglichst wenig Politik wollen müssen, damit sich das von Ihnen skizzierte Modell verwirklichen lässt? Anderseits sind es ja auch die Bürger, nur eben andere, die von den Wohltaten des Staates profitieren…

…ich glaube, solche Reformen können letztlich nur von unten kommen. Ich sehe den idealen Staat in diesem Zusammenhang als

«Das Ziel muss sein: mehr direkte Demokratie, weniger Staat – und den kleineren politischen Einheiten im Staat, wie den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Kantonen, mehr Kompetenzen zu geben.»

Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein

Dienstleistungsunternehmen: Wenn das Produkt keinen Absatz findet, weil es zu teuer oder qualitativ zu schlecht ist, muss man das Angebot eben verbessern – und wenn der Kunde, also in diesem Falle der Bürger, dem Staat nicht zu verstehen gibt, dass er unzufrieden ist, wird sich auch nichts ändern.

Wie kann er das tun – durch Politverdrossenheit, also Politabstinenz?

Nein – das wäre ja schon eher ein Vertrauensbeweis.

Wie dann?

Die Bürger können ihren Unmut öffentlich bekunden. Und einige von ihnen müssen sich eben politisch engagieren. Zugegeben – das können nicht alle. Aber finanziell unabhängige Köpfe wären dafür prädisponiert. Das Ziel muss sein: mehr direkte Demokratie, weniger Staat – und den kleineren politischen Einheiten im Staat, wie den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Kantonen, mehr Kompetenzen zu geben.

Ein Unternehmen muss gleichzeitig immer auch haushälterisch sein und kann seine Angebotspalette nicht beliebig ausdehnen. Welche Nachfrage muss Ihr Staat zwingend bedienen?

Auf höchster Ebene brauchen wir einen Minimalstaat, der die Aufrechterhaltung des demokratischen Rechtsstaates gewährleistet und sich des weiteren um die Aussenpolitik, die Frage der Sicherheit und – sehr wichtig – die Ausbildung kümmert. Denn mit Analphabeten wird es sehr schwer, einen modernen Staat zu führen.

Ist der liechtensteinische Staat ein guter Dienstleister?

Ich habe mich in der Zeit, in der ich die Staatsgeschäfte geführt habe, zumindest darum bemüht. Heute bin ich ja politischer Pensionist.

Ein Schuldenverbot, wie Sie es in Ihrem Buch als Ideal skizzieren, haben Sie in Liechtenstein aber nicht einzuführen vermocht.

(lacht) Alles habe ich nicht durchgebracht, nein. Aber de facto ist es so, dass der liechtensteinische Staat nicht verschuldet ist. Wir sitzen auf erheblichen finanziellen Reserven, und auch die Gemeinden haben mehrheitlich mehr Cash als Schulden. Die disziplinierende Wirkung der direkten Demokratie hat sich diesbezüglich als recht effizient erwiesen. Darum habe ich auch nicht weiter auf dem Schuldenverbot beharrt.

Dafür haben Sie in der fürstlichen Familie ein neues Hausgesetz und im Fürstentum eine neue Verfassung durchgebracht. Und das Beachtliche dabei ist, dass es nun für beide, für die Familie und für das Volk selbst, institutionalisierte Mechanismen gibt, den Fürsten abzusetzen. Sind Sie darauf bedacht, Ihren Job loszuwerden?

Nein, ganz und gar nicht! Wichtig war mir, ein oder vielmehr zwei fixe Korrektive einzusetzen, denn das Hausgesetz und die Verfassung, das sind zwei verschiedene Dinge.

Und seither kann die Grossfamilie den Fürsten absetzen? Wenn die Mehrheit findet…

…das ist ein Trottel, ein Gauner oder ein unfähiger Dilettant. Genau. In diesem Fall kann die Familie ihn mit einer Mehrheitsentscheidung absetzen. Dieses Recht habe ich später in der neuen Verfassung auch für das Volk installiert, denn sollte es die Familie versäumen, ihre Verantwortung als Korrektiv zu übernehmen, können die Bürger sich vor einem unmöglichen Fürsten schützen, indem sie die Monarchie abschaffen.

Konkret hat das Volk zwei Möglichkeiten, Ihnen übel mitzuspielen: Es kann ein Misstrauensvotum abgeben oder mit 1500 Unterschriften

eine Art Impeachmentverfahren einleiten. Sind Sie sich Ihrer Basis so sicher, dass Sie solche Massnahmen gefahrlos vornehmen können?
Ja, der Erbprinz erfüllt seine Aufgabe sehr gut und ist auch im Lande beliebt, und mein ältester Enkel, der voraussichtlich eines Tages Fürst wird, wird seine Aufgabe auch gut erfüllen.
Falls aber eines Tages ein Fürst seiner Aufgabe nicht gerecht wird und das Fürstenhaus nicht korrigierend eingreift, ist mir eine friedliche demokratische Abschaffung der Monarchie sehr viel lieber als eine blutige Revolution.
Die Verfassung beinhaltet also ein gewissermassen autodisziplinierendes Element und zwingt das Oberhaupt zu einer volksnahen Politik. Verfassungsrechtlich möglich sind nun aber nicht nur institutionelle, sondern auch territoriale Veränderungen, denn Sie haben die Gemeinden mit einem Sezessionsrecht ausgestattet. Es wäre jetzt also möglich, dass ich irgendwelche braven liechtensteinischen Bürger in einer der elf Gemeinden dazu anstifte, einen eigenen Staat zu gründen oder der Schweiz beizutreten?
Das wäre absolut möglich. Kein Problem. Jede unserer Gemeinden ist immer noch flächenmässig grösser als das Fürstentum Monaco. (lacht) Es wäre einfach für uns ein Zeichen, dass man etwas verbessern müsste.
Womit wir wieder beim Dienstleistungsunternehmen wären. Sehen Sie die anderen Staaten als Konkurrenten, die Ihnen nicht nur die Kunden, also die Bürger abjagen könnten, sondern sogar Staatsgebiet?
Nein, wir haben das gegenteilige Problem. Wir müssen den Zuzug nach Liechtenstein, also den freien Personenverkehr, einschränken und damit Kunden ablehnen.
Und dann sagen Sie sich, soll man gleich samt dem Grund und Boden, auf dem man lebt, auswandern? Wenn es einem beim Fürsten nicht mehr passt, der Rest der Welt aber auch keine überzeugende Option ist, bleibt also der Schritt in die Selbständigkeit. Glauben Sie ernstlich, dass dieses Modell Schule machen wird und sich aufgeklärte Politiker finden, die das Sezessionsrecht in die Verfassung schreiben?
Nicht zu meinen Lebzeiten! Darum habe ich ja mein Buch auch «Der Staat im dritten Jahrtausend» genannt. Mir ist bewusst, dass Liechtenstein eine Vorreiterrolle spielt und die Prozesse anderswo lange dauern werden. Ich hoffe aber doch, dass meine Enkel oder Urenkel noch erleben werden, dass die Staatsgrenzen nicht mehr mit der Waffe in der Hand auf dem Schlachtfeld verändert werden, sondern mit dem Stimmzettel in der Hand an der Wahlurne.
Am besten im Kleinen, denn dort geht es am schnellsten. «Small is beautiful», sagte Leopold Kohr, den Sie selber gekannt haben.
Ja, ich habe ihn sehr geschätzt. Ich habe es neben dem politischen Aspekt aufgrund meiner Erfahrungen auch auf die wirtschaftliche Komponente angewandt.
Wirtschaftlich gesehen ist Kleinräumigkeit freilich eher ein Defizit – oder Druckmittel: Weil der Kleinstaat keinen Binnenmarkt hat, ist er gezwungen, die Welt zu erschliessen.
Stimmt. Anders als für Kohr, der der globalisierten Weltwirtschaft eher skeptisch gegenüberstand, war für mich die Globalisierung ein grosses Geschenk. Nur dann können Kleinstaaten wirklich wirtschaftlich und letzten Endes politisch erfolgreich sein. Wenn die Gesellschaft verarmt ist und alle anderen Nachbarn reich sind, dann ist auch der Staat politisch früher oder später nicht mehr stabil. Es braucht den wirtschaftlichen Erfolg. Wir waren als Land ohne Rohstoffe und Bodenschätze früher eine sehr arme Gesellschaft, die Leute mussten auswandern, und es war auch kaum möglich, eine Industrie aufzubauen. Erst nachdem wir den Zoll-/Freihandelsvertrag mit Österreich-Ungarn abgeschlossen hatten und die Textilindustrie hatten aufbauen können, kam die Wirtschaft in Gang. Dass in den 1950er und 1960er Jahren dann auch Westeuropa und Amerika ihre Märkte geöffnet haben, war für uns überlebenswichtig.
Seit diesen Grenz- und Marktöffnungen geht es dem Fürstentum so gut wie kaum einem anderen Land. Braucht die Welt mehr Kleinstaaten und mehr aufgeklärte Fürsten?
Das wäre schön. (lacht) Aber erstens haben Monarchen häufig nichts mehr zu sagen, und zweitens brauchen die Staaten auch nicht zu zerfallen. Es reicht, wenn sie sich dezentralisieren: Die Schweiz und die USA zeigen uns, dass auch grössere und sogar sehr grosse Staaten bürgernah gestaltet werden können. Abgesehen von alledem habe ich aber ehrlich gesagt kein grosses Interesse daran, dass wir als Kleinstaat mehr Konkurrenz bekommen. Die sollen ruhig gross bleiben. (lacht) ❮

Mitarbeit: Serena Jung

4 Pass pour tous

Der Nationalstaat gilt neuerdings wieder als zukunftsträchtiges Gebilde. Zu Unrecht. Jeder Bürger hat verschiedene Herkünfte und Zukunftsoptionen. Besser als Diskussionen über Schweizer Volkszugehörigkeit wäre die Schaffung eines globalen Markts für Pässe.

von Urs Schoettli

Der Nationalstaat gehört zu den verhängnisvollsten Kreationen der Neuzeit. Gerade 2014, da sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum einhundertsten Mal jährt, haben wir guten Grund, uns daran zu erinnern: Kaum einer anderen menschlichen Erfindung sind so viele Blutopfer anzulasten wie dem Nationalstaat. Doch auch im angeblich so fortschrittlichen 21. Jahrhundert nehmen es die Menschen schlicht hin, dass sie, ohne befragt zu werden, von ihrer Geburt an eine Nationalität verpasst erhalten. Und dass sie sich in der Regel von ihr in ihrem ganzen Leben nicht mehr lösen können. Ist es Gewohnheit? Oder Mangel an Phantasie?

Mit einer Mischung aus Ehrfurcht und Verlegenheit blicken wir Modernen auf die grossen Werke, welche fremde und ferne Völker über die Jahrtausende der Geschichte hinweg als Zeugnisse ihrer Existenz in die Welt gesetzt haben, von den Pyramiden in Ägypten und Mexiko über den Grossen Kanal im Reich der Mitte bis zum Taj Mahal in Indien. Diese Monumente sind Ergebnisse der Fron- und Sklavenarbeit, die unter unsäglichen Leiden geleistet worden ist. Immerhin, so wird der aufgeklärte Zeitgenosse einwenden, sei die Menschheit über diese primitiven Zeiten hinausgewachsen. Stimmt das wirklich? Von den Führern moderner Nationalstaaten verordnetes Massentöten und Massensterben war im 20. Jahrhundert durchaus ein Normalzustand. Und eine Neubelebung solcher blutrünstiger Traditionen dürfen wir ja wohl auch für unsere Zeit nicht von vornherein ausschliessen.

Wer dem letzten Satz zustimmt, muss sich auch die vorderhand noch ketzerische Frage gefallen lassen: Warum um alles in der Welt sollen sich die Menschen mit der Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat abfinden, dem sie angeblich ein unergründliches Schicksal zugeordnet hat? Warum in aller Welt soll die Menschheit nicht endlich aus ihrem hündischen Dasein mit der Markierung von Territorien durch allmächtige Nationalstaaten herausgehen können? Letztendlich sind doch Pässe nichts anderes als Hundemarken, die uns bei der Geburt um den Hals gehängt werden. Zwar haben wir heute mehr Freiheiten, in die weite Welt aufzubrechen, als noch vor wenigen Jahrzehnten; doch für das Gros der Menschheit bedeutet die bei der Geburt erfolgte nationalstaatliche Brandmarkung automatisch, dass sie für die Dauer ihres irdischen Daseins eine stolze Hundesteuer für diese Marke bezahlen müssen, ohne mit einer entsprechenden Gegenleistung rechnen zu können.

Urs Schoettli
ist Mitarbeiter der NZZ, freier Publizist und Autor u.a. von «Die neuen Asiaten: ein Generationenwechsel und seine Folgen» (NZZ Libro, 2013) und «Geld, Gold und Geist: Vermögen und Reichtum in Asien» (NZZ Libro, 2011).

Seien wir doch ehrlich: die vom Nationalstaat verordnete und oktroyierte Sklaven- und Fronarbeit gibt es auch heute noch, nur in gutgetarnter Form, nämlich als Steuerknechtschaft. Wer an den Fortschritt der Menschheit glaubt, sei nur darauf hingewiesen, dass in den dunklen Tagen des Mittelalters und der Feudalherrschaften auch bei den am meisten ausgebeuteten Volksschichten die Steuerlast nie die monströsen Dimensionen erreicht hat, die wir heute in der direkten und indirekten Form von der Wiege bis zur Bahre zu ertragen haben – mit Zwangsabgabenquoten von 50 Prozent und mehr, je nach «Fortschrittlichkeit» des Landes. Kommt hinzu, dass als Ergebnis unseres irdischen Mühens und Zahlens heute nicht einmal eine Pyramide oder ein Taj Mahal, sondern schlicht ein schwer defizitärer Staatshaushalt und eine aufgeblähte Bürokratie überdauern werden.

Also: ich halte den Nationalstaat nicht für etwas Gottgegebenes, auf alle Zukunft hinaus Erhaltenswertes oder gar als einen Fortschritt der Menschheit, wie uns dies von Hegel bis Habermas viele teutonische und andere Philosophen eingetrichtert haben. Vielmehr bin ich der Meinung, dass Sinn und Zweck des Nationalstaats und der Brandmarkung des hilflosen Individuums mit einem ihm aufgezwungenen Pass mehr denn je hinterfragt werden müssen. Im 13. oder 14. Jahrhundert war eine Zeit ohne Sklaven- und Fronarbeit unvorstellbar gewesen – und doch ist die Sklaverei zuletzt grossflächig beseitigt worden. Warum soll dieses Schicksal nicht auch dem Nationalstaat, seinem hündischen Territorialprinzip und seiner ewigen Steuerknechtschaft beschieden sein?

Technologischer Fortschritt kann der Befreiung des Menschen von Mühsal und Ausbeutung dienen. Wir erinnern uns, dass noch in den 1980er Jahren dank der sozialistischen Mangelwirtschaft in Indien der Besitz eines Telephonanschlusses ein Pri-

vileg war, das häufig nur durch Bestechung erhältlich war. Die Erfindung und Verbreitung des Mobiltelephons hat diesen Missstand gründlich beseitigt. Grund zu Zufriedenheit und Optimismus? Ja – und auch nein! Denn der technologische Fortschritt kann auch die trägen Kräfte stärken. Als das mächtige britische Imperium im 19. Jahrhundert in Indien errichtet wurde, dauerte der Austausch von Nachfragen und Instruktionen auf dem Seeweg vom fernen Kalkutta nach London grosso modo zehn bis zwölf Monate. Bezeichnenderweise begann der Niedergang, als nach der Erfindung des Telegraphen die Bürokraten in der Zentrale die Administration vor Ort an die Kandare nehmen konnten!

Denken wir an den automatischen Informationsaustausch. Lebten wir noch in den Frühzeiten von Britisch-Indien, er würde uns keine grossen Bauchschmerzen bereiten. Bei den damaligen Austauschzeiten wäre man längst hinter den Bergen, bis der Steuervogt eintrifft. Dies ist heute, da Informationen in Sekundenschnelle ausgetauscht werden können, leider nicht mehr möglich. Geld ist bloss noch eine digitale Spur, Schlupflöcher sind von gestern, und der gläserne Bürger erkennt wohl irgendwann zu spät, dass er zum Universaluntertan einer allmächtigen nationalstaatlichen Bürokratie degradiert wurde.

Wenn die Souveränität des Nationalstaats nicht endgültig als das entlarvt wird, was sie ist – nämlich eine Tyrannei –, sind die Zeiten nicht fern, in denen eine aufdatierte Leibeigenschaft wieder zum Courant normal gehört. Tempora mutantur et nos non mutamur in illis! (Die Zeiten ändern sich und wir uns nicht in ihnen!)

Bürger und Nichtbürger

In nicht allzu ferner Vergangenheit generierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika als Land der Freien, in dem Verfolgte Zuflucht finden konnten. Die Perversion dessen, wofür die USA gestanden sind, könnte grösser nicht sein. Washington masst sich heute an, Bürger und Nichtbürger, wo immer sie sich in der Welt aufhalten, nach eigenem Belieben in die Steuerknechtschaft zu zwingen. Länder, die nicht kooperieren, werden unter Druck gesetzt und letztlich in einen Vasallenstatus gezwungen. Der Schweiz ist dieses Schicksal als Mahnung an die restliche Staatenwelt bereits verpasst worden. Und die Bürger? Sie nicken.

Hier möchte ich als eine konstruktive Antwort auf diese gewaltige Bedrohung der Freiheit des Individuums schlicht die Idee der internationalen Versteigerung von Pässen zu bedenken geben. Bürger aus allen Herren Ländern könnten sich zusammentun, um ihre Regierungen ihrerseits dazu zu zwingen, Pässe auf den Markt zu bringen, wo sie nach dem schlichten Prinzip von Angebot und Nachfrage bepreist und verkauft werden. Es erwächst daraus nicht nur die Unterminierung der heutigen totalen nationalstaatlichen Verfügungsgewalt über die Bürger, sondern auch eine nützliche und transparente Bewertung der wahren Attraktivität eines jeden Staates. Mich persönlich würde interessieren, welchen Wert der Pass von Weissrussland oder Guinea auf solch einem Markt erzielen könnte.

Offensichtlich werden nun allerlei Bedenkenträger auf den Plan treten und uns böse Hintergedanken und natürlich völlige Irrationalität attestieren. Doch halt – viele gute Ideen sind als Spintisierereien lanciert worden! Auch das Rote Kreuz. Schliesslich leben wir doch heute in einem Zeitalter mächtiger NGOs, die wie Green Peace grossen Einfluss über alle nationalstaatlichen Grenzen hinweg ausüben. Auch die Informationstechnologie bietet insbesondere in der Form der sozialen Medien wertvolle Plattformen, auf denen die Emanzipation des Bürgers von der nationalstaatlichen Gängelei vorangetrieben werden kann.

Meine Vision ist so einfach wie nachvollziehbar: Jeder Bürger kann, wenn er die Mündigkeit erreicht hat, den Pass, der ihm nach der Geburt verpasst worden ist, verkaufen. Im Laufe des Lebens verändern sich die Vorlieben und auch die Risikobereitschaft. Vielleicht erwirbt man in jungen Jahren den Pass eines Landes, in welchem das Leben anforderungsreich, die Risiken hoch, aber auch die Erträge für Wagemut erheblich sind. Später mag man sich den Pass eines Landes leisten wollen, in welchem Kultur und klimatische Lebensqualität einen hohen Stellenwert haben. Schliesslich mag man sich für eine Nationalität entscheiden, die ein gutes Altenteil verspricht – alles selbstverständlich zum gängigen Marktpreis erworben. Es wäre auf jeden Fall interessant zu sehen, welche Staaten ihre Standortvorteile optimal verkaufen können – anstatt ewige Steuerknechtschaft hätte der Bürger Wahlfreiheit: weltweite Lebensoptionen zu einem fairen Preis. ‹

«Meine Vision: Jeder mündige Bürger kann den Pass, der ihm nach der Geburt verpasst worden ist, verkaufen.»

Urs Schoettli

5 Die Renaissance der City States

China setzt schon länger auf sie. Und auch die wirtschaftlich darbende Peripherie Europas sieht in den freien Zonen wieder einen Weg zu mehr Prosperität. Stadtstaaten können den metropolitanen Gegenpol zur G-20 bilden. Und die Schweiz könnte davon profitieren.

von Graham Mather

Bürger, die an Landsgemeinden über ihre Steuersätze entscheiden, Rekruten, die am Sonntagabend mit Sturmgewehren in die militärische Grundausbildung einrücken, und eine siebenköpfige Regierung, die sich aus allen grossen politischen Parteien zusammensetzt: Die Schweiz ist in vielen Gebieten immer noch anachronistisch. Vielleicht ist gerade deswegen das Bild des Stadtstaats so attraktiv, um den Problemen der Schweiz zu begegnen.

Denn auch City States erscheinen auf den ersten Blick als anachronistische Gebilde. Sie sind in der Regel klein – in der Welt der G-20 und der Europäischen Union hingegen geben politische Einheiten immer mehr Kompetenzen an übergeordnete Polit- und Wirtschaftsräume ab. Zudem entstanden und florierten City States dank sogenannten Charters und Verträgen, während die globalen Institutionen, die heute die Politik bestimmen, nicht auf formale Verträge oder gerichtlich durchsetzbare Rechtsinstrumente abstellen. Ein besonders erstaunliches Beispiel dieser Entwicklung ist die G-20, doch auch in diversen anderen Gremien findet sich dasselbe Muster: Das «Financial Stability Board», die «Financial Action Taskforce», die globalen Steuerinitiativen der OECD, der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht – keine dieser Organisationen verfügt über eine in Verträgen verankerte rechtliche Basis.

Bei genauerer Betrachtung ist aber gerade innerhalb dieser fundamentalen Unterschiedlichkeit auch ein gemeinsamer Nenner zu entdecken. Ähnlich wie die City States stolz auf Souveränität und Autonomie pochen, lehnen es die Länder, die der G-20 und vergleichbaren Institutionen angeschlossen sind, nämlich ab, sich rechtlich an fluktuierende politische Richtlinien und Kampagnen politikbestimmender Behörden zu binden. Sie halten sich vor dem Eingehen rechtlicher Verpflichtungen zurück und bewahren sich somit ein Mindestmass an ultimativer Entscheidungsmacht: Mit der Verweigerung, sich in Bereichen wie der internationalen Steuerpolitik an rechtliche, auf Verträgen basierende Strukturen wie der UNO oder der WTO zu binden, treffen diese Staaten eine eigene Wahl, bei der sie die tektonischen Verschiebungen in Rechnung stellen, die sich auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Kooperation ereignen können. Anstelle von harten gesetzlichen und rechtlich einklagbaren Bestimmungen wählen diese Staaten sogenanntes «soft law» und erhalten dadurch die Möglichkeit, sich auszuklinken oder Bestimmungen einzelner Bereiche keine Folge zu leisten.

Graham Mather
ist Präsident des Forschungsinstituts European Policy Forum. Er hat in Oxford Recht studiert, war Chef der britischen Denkfabrik Institute of Economic Affairs, Mitglied des Europäischen Parlaments und wirkte in diversen Kommissionen Grossbritanniens.

Angesichts dieser seltsamen Ähnlichkeit zwischen Stadtstaaten und G-20-Ländern drängt sich die Frage auf, ob hierin ein Unbehagen vor allzu zeitgemässen Trends zum Ausdruck kommt, eine Angst, in Knechtschaft jener grossen Staaten zu geraten, die die Institutionen dominieren. Oder anders gefragt: Reflektiert die Abwesenheit von Recht und Verträgen die Besorgnis, dass die laufenden globalen Impulse für mehr Regulierung und staatliche Einnahmen nachteilige Effekte auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum haben?

Jeder auf seine eigene Art und Weise

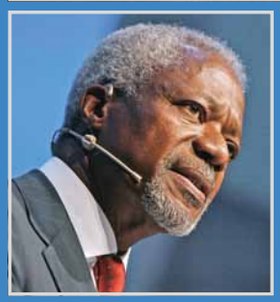
Die Probleme der auf Standardisierung ausgerichteten Politik sind seit vielen Jahren offensichtlich. Bereits 1939 hat der britische Historiker Edward Hallett Carr beobachtet, dass derartige Standardisierungen «relativ einfach sind in einer Gemeinschaft von einigen Millionen anonymer Individuen, die sich an mehr oder weniger anerkannte Typen anpassen». Mit zunehmender Grösse und Diversität aber sah er unüberwindbare Schwierigkeiten auftauchen: «Aber es präsentieren sich unendlich viele Komplikationen, wenn man Standardisierungen auf sechzig bekannte Staaten anwendet, die sich in Grösse, Macht und politischer, ökonomischer und kultureller Entwicklung stark unterscheiden.»[1]

Und als gut unterrichteter Historiker der Europäischen Union hat Professor David Marquand festgestellt, dass die von der G-20 und ähnlichen Institutionen eingesetzte «soft power» «ein schwammiges Konzept» sei und «sich gemeinsame Identitäten immer im Wandel» befänden. Globalisierung, so Marquand, war das Produkt politischer Entscheide, die von territorial begrenzten

[1] Edward Hallett Carr: The Twenty Years' Crisis, 1919–1939. London: Macmillan, 1939.

Bild: fotolia.

SwissEconomicForum



Das Swiss Economic Forum ist die führende Wirtschaftskonferenz der Schweiz. Referenten von Weltruf – gemeinsam mit lokalen und globalen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft – bestimmen Qualität und Exklusivität der zweitägigen Plattform. 1350 CEOs, die wichtigsten Unternehmer der Schweiz, sind in Interlaken vor Ort. Sie bilden die Basis für das weitreichende Netzwerk des Swiss Economic Forum.

www.swisseconomic.ch

Premium-Partner

Allianz amag BKW

IBM pwc swisscom UBS

Staaten getroffen worden waren, und auf dieses Produkt reagierten die einzelnen Staaten auf unterschiedliche Art und Weise.[2]

Weltweit gesehen haben die Versuche zur globalen Standardisierung der Wirtschafts- und Steuerpolitik eine zyklische Hochwassermarke erreicht. Doch gerade in dieser Lage verschaffen sich Carrs kleine Gemeinschaften und Marquands territorial begrenzte Staaten neue Geltung und tragen entscheidend zur Prosperität des asiatischen Raums bei.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sich Britanniens führender Theoretiker und Praktiker der Terrorismusbekämpfung, Sir David Omand, für seine Überlegungen zum Staat der Zukunft den Stadtstaaten und deren Modell aus der italienischen Renaissance zugewandt hat.[3]

Zurück zur Renaissance

Es war der prosperierende Stadtstaat Siena des ausgehenden 14. Jahrhunderts, in dem Omand Beispiele für gutes Regieren und Stabilität im Spiegel wunderschöner Fresken leuchten sah – und er sah in den gleichen Bildern auch Warnungen dafür, dass schlechtes Regieren «prinzipiell von der Angst geboren wird, die aus der Anwendung willkürlicher Macht stammt».

Mit dem Beispiel des mit Siena rivalisierenden Stadtstaats Florenz erinnert uns Omand an Niccolo Machiavelli. Dieser formulierte einen Ratschlag für all jene, die neue Regierungsmuster in Erwägung ziehen: «Viele haben sich Republiken und Fürstentümer ausgedacht, die niemals gesehen worden, noch als wirklich bekannt gewesen sind. Denn die Art, wie man lebt, ist so verschieden von der Art, wie man leben sollte, dass, wer sich nach dieser richtet statt nach jener, sich eher ins Verderben stürzt, als für seine Erhaltung sorgt.»[4]

Es ist indes aufschlussreich, den Rückblick noch weiter auszudehnen: Weil die politische Ökonomie Europas weitgehend von der Europäischen Union bestimmt ist, lohnt es sich, an den ersten gemeinsamen Markt Europas zu erinnern. Dieser entstand aus einer Konföderation, die darauf ausgerichtet war, «die Risiken des Handelns und des Reisens sowie jene Probleme zu teilen, die aus dem Umgang mit streitsüchtigen Oberherrn entstehen».[5]

Es handelt sich bei diesem gemeinsamen Markt um die Deutsche Hanse, die ab Mitte des 13. Jahrhunderts für etwa 300 Jahre andauerte und zu ihrem Höhepunkt rund 170 Städte zu ihren Mitgliedern zählte. Zu den ersten von ihnen gehörte die freie Stadt Lübeck, die 1226 von Kaiser Friedrich II. die Reichsfreiheit erlangte. Damit wurde sie eine reichsunmittelbare Stadt und Karl IV. ernannte sie 1375 neben Venedig, Rom, Pisa und Florenz zu einer von fünf «Herrlichkeiten des Reichs». Wie Lübeck bezeichnet sich auch Hamburg immer noch als freie und hanseatische Stadt. Hamburgs Handelsfreiheit für die ganze Unterelbe datiert auf den 7. Mai 1189 zurück. Autonome Handelsstädte, die sich selbst verwalten und eigenen Handel treiben, haben in der Regel freie Häfen entwickelt. Solche waren aber nicht nur im Heiligen Römischen Reich zu finden: Marseille verfügte im Mittelalter ebenso über einen freien Hafen wie die russische Stadt Archangelsk, zumindest 1553 bis 1648 für englische Güter.

City State Shanghai

Auch heute florieren freie Zonen, Sonderwirtschaftszonen, Exporthandelszonen und freie Häfen in der ganzen Welt. Als Triebwerke des wirtschaftlichen Wachstums findet man sie aktuell aber weniger in Europa als etwa in China. Dort setzten Liberalisierung und Handelsöffnung ein, als der Reformator Deng Xiaoping Ende der 1970er Jahre Sonderwirtschaftszonen bestimmte. In einer folgerichtigen Weiterführung dieser Politik kündigte der Staatsrat der Volksrepublik China am 3. Juli 2013 an, dass die Liberalisierung des chinesischen Finanz- und Kapitalmarkts sowie der chinesischen Währung von der Freihandelszone Shanghai angeführt werden solle. Dieser Entscheid erlaubt Shanghai, eine 28 Quadratkilometer grosse Freihandelszone zu errichten und darin Vorzugsbehandlungen für internationales Management, Handel und Finanzen zuzulassen. Viele Kommentatoren sehen darin eine Verdrängung Hongkongs als Finanz- und Geschäftszentrum und gehen davon aus, dass Shanghai mit seinen definierten Zonen selbst ein City State wird. Denn Shanghai erhält spezielle wirtschaftliche Freiheiten und Liberalisierungen, die sich vom Rest Chinas unterscheiden.[6]

Es mutet ironisch an, dass sich ausgerechnet China heute des mächtigen Instruments jener Freihandelszonen und freien Städte bedient, die ursprünglich im mittelalterlichen Europa entwickelt worden waren. Dabei hat China seine Lehren nicht direkt aus dem europäischen Mittelalter, sondern aus dem Nahen Osten gezogen: dort beruht der Erfolg der Golfstaaten und speziell Dubais auf einem energischen und einfallsreichen Gebrauch von Freihandelszonen.

Die renommierte Architektin zukünftiger Staaten, Professorin Keller Easterling, sieht in den Golfstaaten Beispiele dafür, wie ganze Städte als Freihandelszonen entstehen und sich gleichzeitig in diversen Bereichen als Pioniere hervortun können: tiefe oder gar keine Steuern, Schnellstrassen für die Gründung neuer Unternehmen und die Einsetzung höchster sozialer Beschäftigungs- und Umweltstandards. Sie schreibt: «In ihrer jüngsten Gestalt hat die Zone die Stadt als Ganze aufgesogen, um sich nun selbst Stadt zu nennen. Früher galt die Zone als entfernter Schauplatz, als Ort für Lagerabwicklung und Warenumschlag. Die Bezeichnung ‹Stadt› ist demgegenüber ein Quell von Stolz; sie zeugt von der erfolgreichen Bemühung, die frühere Identität hinter sich zu lassen. Das wird in zahlreichen asiatischen und afrikanischen Nationen deutlich, die derartige Zonen dazu benutzt haben, ihren Eintritt in die globalen Märkte oder ihre neuen Identitäten als un-

[2] David Marquand: The End of the West. Princeton: Princeton University Press, 2011.
[3] Vgl. Omand: Securing the State. London: Hurst, 2010.
[4] Niccolo Machiavelli: Der Fürst, aus dem Italienischen von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. Frankfurt am Main und Leipzig: Insel-Verlag, 1990, S. 78.
[5] Stephen Halliday: The First Common Market? The Hanseatic League, History Today, Vol. 59, Issue 7, 2009.
[6] Vgl. bspw. Chong Mu: In the Zone. In: Global Times, 22. Juli 2013.

abhängige postkoloniale Anbieter für Outsourcing und Offshoring zu unterstreichen. Der Ausdruck ‹Stadt› bezieht sich an einigen Orten auf die Zonenenklave – so im Falle der unzähligen ‹Cyber Cities›, ‹Technocities› oder ‹Logistic Cities› –, er kann aber auch eine Metropole, einen erkennbaren City State oder eine urbane Aggregation von Zonen bezeichnen. Wenn die Zone viele der hinderlichen Spannungen verbannt, die mit der Urbanität einhergehen, heisst sie mit Wohnheimen, Unternehmen und Kultur gleichzeitig eine Menge urbaner Merkmale willkommen.»[7]

Null Prozent Unternehmenssteuern

Einige dieser verschiedenen geographischen und kulturellen Stränge kamen zusammen, als ich eine Konferenz in Kalabrien moderierte. Kalabrien ist, wirtschaftlich gesehen, eine von Italiens schwächsten Regionen. Der Hafen Gioia Tauro ist ironischerweise im Besitze eines grossen deutschen Hafenbetreibers, der seinen Sitz in der freien Hansestadt Hamburg hat. Konfrontiert mit düsteren wirtschaftlichen Aussichten und der dringenden Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Wiederbelebung des gesamten italienischen Südens, versuchen der Hafenbetreiber sowie die lokale, regionale und nationale Regierung Brüssel davon zu überzeugen, Kalabrien den Status einer Freihandelszone zu gewähren. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit der süditalienischen Häfen steigern und ihnen damit Potential für eine Prosperität eröffnen, die sich frei von den allgemeinen Regeln der EU für staatliche Beihilfen entfaltet.

Zu der Konferenz luden wir den ehemaligen CEO der Freihandelszone Ras al Khaimah (RAK) ein. Dieser fragte die anwesenden Zuhörer: «Was denken Sie, wie hoch sind die Individualsteuern in RAK?» – «20 Prozent», sagte ein Mann aus der vorderen Reihe. «0 Prozent», antwortete Oussama el Omari. Unternehmenssteuern? Ebenfalls null. Wie viele Unternehmen wurden dank dieser Bedingungen angezogen? «100», lautete eine optimistische Schätzung aus den Reihen der Zuhörer. Herr el Omaris Antwort wurde mit Ungläubigkeit aufgenommen – es sind 7000. Der Redner erklärte, dass der Herrscher von Ras al Khaimah grossen Missmut bekunde, wenn es mehr als 24 Stunden dauere, bis alle Lizenzen und Formalitäten für die Gründung eines neuen Unternehmens ausgestellt und abgewickelt seien. Das italienische Publikum bekam den zugehörigen Leitspruch zu hören: «Red tape has to be replaced with a red carpet» – Amtsschimmel auskratzen und den roten Teppich ausrollen!

Die Schritte in Italien erscheinen wie der Beginn einer grossflächigeren europäischen Antwort auf die Krise: an mehreren Orten streckt Europa die Fühler nach jener Art von Freihandelszonen aus, die dem Nahen Osten und den asiatischen Mitbewerbern ein Aufblühen erlaubt haben. Wochen nach der Konferenz kündigte beispielsweise die polnische Regierung an, ihre Sonderwirtschaftszonen bis 2026 weiterzuführen (die Regeln der EU schreiben eine Abwicklung bis 2020 vor).[8]

Verknüpfen wir diese Bestrebungen mit dem historischen Strang, der mit den freien Städten an der Elbe begann, sehen wir leicht, wie sich die Dinge gleichen. Damals ging es um die Entlastung von Steuerpflichten und regulatorischen Anforderungen, die sich führende Händler dieser Städte von ihren fürstlichen Oberherrschern sicherten. Auf dieser Grundlage ersetzte der gemeinsame Markt, den sie in der Form der Hanse etablierten, den Feudalismus und die Kriege ihrer Oberherrscher durch ein funktionierendes und dauerhaftes Handelsnetzwerk.

Es ist klar, dass sich heute weltweit Ähnliches abspielt. Die Stadtstaaten am Golf haben den Weg gezeigt: in Dubai, Ras al Khaimah und in den Vereinigten Arabischen Emiraten haben sie die ideenreichsten Zonenstädte für Finanzen, Medien, Gesundheitsdienstleistungen und Technologie sowie Handel errichtet.

Und die Erlaubnis für Shanghai, die der Staatsrat der Volksrepublik China am 3. Juli 2013 erteilt hat, ermöglicht es der Industriestadt, ihre Freihandelszone in etwas Vergleichbares zu verwandeln und sich zu einem Finanz-, Versicherungs- und Investitionshub mit dereguliertem One-Stop-Regime zu entwickeln. Es handelt sich dabei um einen grossen Durchbruch für diesen neuen Typ des City State, der in seiner Bedeutung den Entscheiden des Kaisers des Heiligen Römischen Reichs zur Befreiung der freien Städte an der Elbe im 12. und 13. Jahrhundert entspricht. Gleichzeitig interessieren sich die peripheren Räume der EU in Italien und Portugal für die gleichen Techniken, um damit die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Andere werden ihnen sicherlich folgen. So hat Grossbritannien kürzlich Zonen für Unternehmen eingerichtet, die auf einem Modell basieren, das, von Margaret Thatcher eingesetzt, in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs in Vergessenheit geraten war.

Neue Blüte des Stadtstaats?

All diese Entwicklungen sind ermutigend, stehen aber quer zu den aktuellen Zielen der G-20. Während dieser informelle Zusammenschluss höhere Steuern und weiterreichende Regulationen vorsieht, streben die freien Zonen in die entgegengesetzte Richtung. Und während die G-20-Mitglieder durch «soft law» ohne Vertragsbasis agieren, gehen die Regimes der freien Zonen von hartem Recht aus, das auf definierten, wenn auch auf an internationalen Normen angepassten Regeln besteht.

Sicherlich sind die freien Zonen und Städte der Zukunft eine wirtschaftlich und politisch überzeugendere Vision als die Idee der grossen Mächte, Staatsapparate und Einnahmen, wie die G-20 sie vertritt. Denn versucht die G-20 nicht, das zu etablieren, was Machiavelli «Republiken und Fürstentümer, die niemals gesehen worden sind» nannte? Und wird damit nicht der Erfolg der modernen City States für alle offenkundig und könnte auch in der Schweiz eine neue Blüte erleben? ‹

Aus dem Englischen übersetzt von Florian Rittmeyer.

[7] Keller Easterling: Zone: The Spatial Softwares of Extrastatecraft. DesignObserver.com, veröffentlicht am 6. November 2012 (Markierung des Autors)

[8] SEZs to be extended until 2026. In: Warsaw Business Journal, 24. Juli 2013.

«Sicherlich sind die freien Zonen und Städte der Zukunft eine wirtschaftlich und politisch überzeugendere Vision als die Idee der grossen Mächte, Staatsapparate und Einnahmen, wie die G-20 sie vertritt.»

Graham Mather